

nruf 3911/3916, am
nftalt Bethel.

Das enögültige Abstimmungsergebnis in der französischen Kammer zeigt 277 Stimmen für und 292 Stimmen gegen die Regierung Chauvins bei 21 Stimmenthaltungen der Kommunisten. Die Regierung begab sich kurz nach 22 Uhr zum Elysée, um dem Präsidenten der Republik ihren Rücktritt zu überreichen. Vor der Kammer hat sich eine riesige Menschenmenge angesammelt, die in aufregtester Stimmung die Ereignisse in der Kammer verfolgt.

Wirtschaftlicher Landesverrat.

Das Wort tauchte kürzlich einmal im Reichstag auf der Seite derjenigen auf, denen man eine eigenartige Stellungnahme zum politischen Landesverrat nachzusagen pflegt. Wirtschaftlicher Landesverrat. Damit bezeichnet man die Flucht verborgenen Kapitals ins Ausland. Die Entziehung von Kapital, welches produktiv innerhalb der wirtschaftlichen und politischen Grenzen Deutschlands arbeiten sollte.

Die Kapitalflucht hat viel größere Formen angenommen, als der Laie gemeinhin annimmt. Diese Tatsache mag auf den ersten Augenblick befremdlich erscheinen, denn im allgemeinen pflegt das Kapital dahin abzuwandern, wo es die größte Rente, den höchsten Zins erzielt. Und es dürfte kein zweites Land in Europa geben, dessen Zinsfuß so unerträglich hoch, so wirtschaftshemmend sich auswirkt, wie in Deutschland. Und trotzdem Kapitalflucht?

Kapital verlangt nicht nur eine höchstmögliche Rente, sondern auch eine möglichst große Sicherheit und das Kapital neigt eher dazu, auf eine höhere Rente zu verzichten zugunsten einer außergewöhnlichen Sicherheit, die gegeben wird. Es ist das Moment der Unsicherheit, welches das Kapital abdrängt. Der Mangel an Vertrauen zur deutschen Finanzgebarung. Könnte man solchem Kapital, welches abwandert, um im Auslande einen höheren Zinsfuß zu erlangen, den Vorwurf des wirtschaftlichen Landesverrates nicht ersparen, so liegt die Sache denn doch anders, wenn das Moment der Unsicherheit das Kapital austreibt. Die Vernichtung des Mittelstandskapitals in den Inflationsjahren ist noch nicht vergessen. Mündelsicherheit, Goldentlohnungsversprechen wurden aufgehoben, Hunderttausende wurden ihrer Sparkapitalien beraubt. Heute spricht man von Zwangsanleihen in dieser und jener Form. Mag man sie auch als „Notopfer“ oder irgendwie anders frisieren, sie bleiben Zwangsanleihen. Opfer sind notwendig. Auch Zwangsanleihen können durchaus notwendig werden und gerechtfertigt sein. Aber alle finanztechnischen Maßnahmen müssen eine Grundbedingung erfüllen: Radikalstes Ausräumen mit dem Finanzbilletantismus. Nicht nur die außerordentlich hohe Bekräftigung des Produktivkapitals bei merkwürdiger Schonung des Finanzkapitals (in der Praxis), ist es, was zur Kapitalflucht treibt. Die Finanzwirtschaft des Reiches, der Länder und Gemeinden findet schon seit langem kein Vertrauen mehr.

Es gäbe nur ein wirksames Mittel, die Kapitalflucht aufzuheben: grundsätzliche Neuorientierung unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik. Dazu fehlt es aber an einem, parteipolitisch nicht gebundenem Willen. Die Lächer, die die Ausgabenwirtschaft der letzten Jahre seit der Stabilisation gerissen hat, müssen verstopft werden, gewiß. Und dazu sind besondere Maßnahmen notwendig. Aber zugleich muß der Wirtschaft das Vertrauen gegeben werden, daß diese Finanzwirtschaft ein für alle Mal zu Ende ist, daß verborgenes Kapital Sicherheit und Möglichkeit der Neubildung findet. Dieses Vertrauen ist nicht gegeben.

Daß eine zweite Inflation möglich werden könnte, ist kaum anzunehmen. Die geringste Schwankung der Mark würde Gegenmaßnahmen auslösen. Denn schließlich hat man ja aus der Inflation gelernt. Den letzten heißen die Hunde. Und niemand will mehr der Letzte sein. Trotzdem kann die innere Auszehrung fortgeschreiten, die darin liegt, daß die Warenpreise immer weiter steigen. Mögen auch die Indizes, die man uns vorsetzt, einen Preisstillstand, einen Preisrückgang vortäuschen. Die Hausfrau weiß am besten, ob die Preise in der Praxis gesunken sind. Nicht darauf kommt es an, daß die Indizes eine Preislenkung vortäuschen, sondern darauf, ob der Haushalt bei gleichbleibenden Bezügen durch tatsächliche Preislenkungen Ersparnisse erzielt, die Kaufkraft erhöht. Und das ist nicht der Fall, man möchte fast das Gegenteil annehmen.

Gedanken eines Harmlosen.

(Schluß.)

Ich sehe da auf unsere Kreisstadt. Bei nur 90 000 Einwohnern ein Defizit im alten Rechnungsjahr von 620 000 Mark, die Gewerbe und Grundbesitz nachträglich aufbringen soll, in Wirklichkeit aber neue Steuerausfälle und Soziallasten bringen werden. Natürlich heißt es auch hier: „Weil auf der Ausgabe Seite nichts gespart werden kann.“ Dabei hat diese Stadt im vergangenen Jahr u. a. ein „Haus der Technik“ in Form eines Hochhauses im Zentrum des Verkehrs gebaut mit einer riesigen Lichtreklame und einer Inneneinrichtung, die in Betracht der Finanzlage wohl allgemein für — milde ausgedrückt — unnötig und verschwenderisch gehalten wird. Gleichzeitig wurde im letzten Jahr, außer einem neuen Kreisparkkassengebäude, ein neues Stadtparkkassengebäude errichtet. Im Inneren bin ich noch nicht gewesen, von außen — „zeitgemäß“, ich stand kürzlich davor und hätte es mir gern einmal innen angesehen, aber ein Gefühl, ähnlich wie „genieren“ hielt mich ab. Das reichverzierte eiserne Geländer der Freitreppe war tatsächlich — vergoldet, mit echtem Blattgold überzogen. Da mußte ich an Inflation und Aufwertung denken und ging nachdenklich weiter. Ja, bin ich nur so naiv oder es aber wohl auch so gehen mag, ich bräute nach dem „Geld erleben“ der letzten Jahre meine jetzt wieder ersparten Groschen lieber zu einer Sparkasse, deren Beamte meinewegen auf einer Kiste sitzen, statt in einem Luxusbau. Auf die Kiste komme ich, weil ich an eine alte Tante denken mußte, die mir in meiner Jugend erzählte, daß sie, als sie sich verheiratete, mit ihrem Mann die Wahlzeiten nicht vor einem Tisch, sondern vor einer — Kiste sitzend eingenommen hatte. Es waren damals auch schlechte Zeiten im deutschen Vaterland. Als diese alte Tante aber starb,

Selbst die uns im Haag auferlegte Goldklausel kann das Vertrauen zur Währung nicht hochhalten. Bezeichnend ist es, daß selbst kleine Sparer anfangen, unruhig zu werden. Nicht ganz ohne Grund. Er, der mit der Währungstechnik nicht vertraut ist, steht mitten im praktischen Leben. Er schließt aus der fortschreitenden Teuerung, aus der Ausgabenwirtschaft des Staates, der Länder, der Gemeinden, daß das Ende eine Katastrophe sein müsse. Und er sucht nach Sicherungen. Das Kapital, das produktive Großkapital dagegen flüchtet in aller Stille ins Ausland. Es will dem Ausbuchtungsprozeß entgehen, einer drohenden, kalten Sozialisierung. Holland, die Schweiz, ja, selbst England und Frankreich sind die Länder, in die das Kapital abwandert. Ist das wirtschaftliche Landesverrat? Es wäre solcher, wenn wir eine geordnete Finanzwirtschaft, vernünftige Steuerpolitik und weniger parteipolitische Tendenzen in Wirtschaftsfragen hätten.

Betrachten wir die Reversoite. Das ins Ausland geflüchtete Kapital wird genau so prompt nach Deutschland zurückkehren, wie es nach der Stabilisierung der Mark zurückgekehrt ist, als geordnete Verhältnisse eingekehrt waren. Und es bildet durch seine Rückkehr ein Plus für die deutsche Wirtschaft. Wird das verborgene Kapital mit in den Strudel gezogen, so geht es unweigerlich fluten. Es wird verbraucht, ohne Werte zu schaffen. Ins Ausland geflüchtetes Kapital ist also ein Minimum für die deutsche Wirtschaft bei Wiedereintritt geordneter Verhältnisse.

Die deutsche Regierung sollte die Augen nicht vor der Tatsache verschließen, daß nicht nur reine Finanzorganisationen ihren Sitz nach dem Ausland verlegen, sondern daß in bemerkenswerter Weise auch ganze Industriebetriebe nach dem Ausland verlegt werden. Man mag noch so sehr mit gut gespielter Entrüstung das Verweilen der Kapitalflucht kennzeichnen. Schafft geordnete Finanzwirtschaft, gesunde Steuerpolitik, schaltet den parteipolitischen Dilettantismus in solchen Wirtschaftsfällen aus, dann gibt es keinen „wirtschaftlichen Landesverrat“. Mangel an Vertrauen zur deutschen Finanzwirtschaft ist die Seele der Kapitalflucht. Wir stehen mitten in einer schweren Finanzkrise. Es kann sehr leicht die Staatskrise aus ihr kommen.

Warnung vor dem Liquidationsabkommen.

Aus westdeutschen Wirtschaftskreisen wird uns geschrieben:

Es geht bei den augenblicklichen entscheidenden Verhandlungen über das deutsch-polnische Liquidationsabkommen um mehr als nur den Verzicht auf mehrere Milliarden. So schmerzhaft eine derartige finanzielle Einbuße ist, so hat sie doch eine verhältnismäßig geringe Bedeutung gegenüber der Tatsache, daß Polen mit der Befreiung von diesen Forderungen eine Verbesserung seines Kredits erfährt, die bei der starken Wirtschaftskrisenlage im nahen Osten ganz außerordentlich ins Gewicht fällt. Das ist dann auch richtig, wenn man die Forderungen an Polen als „uneintreibbare Forderungen“ ansieht. Auch die Tatsache, daß gegen Polen bisher Forderungen bestanden haben, an deren Erfüllung von poln. Seite niemals ernsthaft gedacht worden ist, hat einen ständig fühlbaren Druck auf den polnischen Kredit, auf den Ruf der polnischen Wirtschaft ausgeübt. Das ist eine der großen Gefahren, die sich eines schönen Tages auch für Westdeutschland bemerkbar machen werden, daß das Deutsche Reich offiziell das polnische Unrecht anerkennt hat, daß sich in Zukunft jeder auf die deutsche Gutmütigkeit berufen können, der sich um berechnete deutsche Forderungen herumdrückt.

Dazu kommt in enger gedanklicher Verbindung mit den Fragen des Saargebiets die Tatsache, die ein Mann von dem lauterem Ruf des Geheimrats Sering in seiner in den letzten Tagen immer wiederholten Kritik hervor-

hatte sie ein Mißtrauen zu verbreiten. Ich befürchte, wir gehen jetzt in Deutschland den umgekehrten Weg, wir kommen vom Haus auf die Kiste.

Mit dem Gesagten ist nicht beabsichtigt, die Zustände gerade der betreffenden Stadt zu schildern, vielmehr soll das Beispiel zeigen, wie es allgemein in Staat und Kommunen aussieht.

Die Tatsache will mir unumstößlich erscheinen, daß man bei einem derart verschuldeten und verarmten Volk, wie das deutsche es ist, mit seiner aus dem letzten Jahre pfeifenden Wirtschaft (das Großkapital ausgenommen), wohl durch neue Steuern und Anleihen den Haushaltsplan auf dem Papier balancieren lassen, aber niemals Defizite beseitigen kann. Durch solche Maßnahmen werden Defizite in Wirklichkeit meistens nur vergrößert. So wie ich in meinem Privathaushalt ein Defizit nur durch Sparsamkeit beseitigen kann, so kann, weil eben die Einnahmen in Wirklichkeit, in ihrer Auswirkung, nicht mehr zu steigern sind, auch der Staat und die Kommune nur durch Sparen aus seiner Klemme herauskommen oder er richtet uns, seine Familie, zugrunde! Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wir sind das Volk und wir verlangen, daß gespart wird. Der Wille dazu muß erst einmal da sein, denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wer sich für einen Ministerposten zur Verfügung stellt, oder als Abgeordneter sich wählen läßt, gibt sich als Führer aus, er mußte wie ein Vater sein und handeln. Wenn in meiner Familie gespart werden muß, so sehe ich zuerst, wo ich als Vater sparen kann und tue es zuerst, dann werden meine Kinder um so leichter mit Sparsamkeiten ihrerseits einverstanden und gutfehlen sein, aber nicht umgekehrt. Und so müssen wir auch von euch, unseren freiwilligen Führern verlangen, zuerst bei euch anzufangen. Thüringen hat, wie zu lesen war, den Anfang ge-

hoben hat, daß wir den deutschen Minderheiten in Polen nicht einmal eine wirkliche Erleichterung verschaffen. Auch die unter dem Deckmantel der Anonymität sich versteckenden, offiziellen Eindruck erweckenden, Erwiderungen an Geheimrat Sering haben nicht dessen schlüssige Behauptung zu widerlegen vermocht, daß sich auf lange Sicht aus dem Liquidationsabkommen sogar eine Verschlechterung der Lage unserer Minderheiten in Polen ergibt. Nehmen wir nur die Ereignisse der letzten Tage, die neue Enteignungsliste für die polnische Agrarreform, die Uebergriffe gegen die deutsche Presse in Polen, die Entrechtung und Vergewaltigung des Deutschtums auf allen Gebieten, so haben wir jetzt schon Beweise für die Richtigkeit der Sering'schen Angaben. Die Franzosen verfolgen in den Saarverhandlungen eine ganz ähnliche Taktik. Sollen wir den Franzosen die Handhabe geben, durch Hinweis auf das Vorbild des Polenabkommens die maßlose Ueberzahlung der selbstverständlichen Rückgabe des Saargebiets zu erzwingen? Das Liquidationsabkommen ist in diesem Sinne ein Anfang, ein schlimmer Anfang, und nicht ein Ende. Nehmen wir die Tatsache, daß Polen auf Grund des ihm durch das Liquidationsabkommen eingeräumten Kredites daran ist, in wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Beziehung auch die jetzigen deutschen Ostgrenzen schon zu überrennen, so haben wir an der Saar den ähnlichen Vorgang mit der buchstäblichen Unterjochung der Grenze im Warndreieck. Mag sich das Reichskabinett auch zu dem „Junctim“ (Verquickung des Liquidationsabkommens mit dem Youngplan, stellen, wie es will, der Reichstag muß sich darüber klar sein, welches Gesicht gerade auch für den Westen das Liquidationsabkommen hat.

Wiederbelebungsversuche.

Neue Mittelmeerverhandlungen in London? — Die Magenerkrankung des Seebären.

— London, 26. Februar.

Die Versuche zur Wiederbelebung der Londoner Plattenkonferenz legten mit einem Besuch des englischen Botschafters in Paris, Lord Tyrrell, und des italienischen Grafen Manzoni bei dem französischen Außenminister Briand. Gleichzeitig nahmen auch die Delegationen in London erneut miteinander Fühlung. Für die Wiederaufnahme der Hauptverhandlungen hegt man die besten Hoffnungen, wenngleich niemand bestreitet, daß sich die Wiederbelebungsversuche in einer Atmosphäre allgemeiner Bellemung vollziehen.

Vor allem handelt es sich darum, welche Antwort man den Franzosen auf ihre Forderung nach neuen politischen Garantien erteilen will. Zuvor soll in den letzten Tagen seines Londoner Aufenthalts sich dem italienischen Unterhändler gegenüber zum Abschluß eines Mittelmeereckens bereit erklärt haben, wenn Italien auf die Gleichstellung der italienischen mit der französischen Flotte verzichtet und auf dem Balkan nicht mehr gegen Frankreich arbeitet.

Ein Eingehen auf dieses Projekt kann für Italien aber wohl nur dann in Frage kommen, wenn Rom sich im voraus der Erfüllung seiner Kolonialforderungen sicher weiß. Bisher ist der französisch-italienische Interessenausgleich aber immer wieder gescheitert, weil Frankreich sich sträubte, größere Opfer zu bringen. Gegen neue Sicherheitsgarantien für Frankreich hat sich bisher die amerikanische Delegation ausgesprochen. In englischen Kreisen ist man gleichfalls von der Unberechtetheit der französischen Ansprüche überzeugt, doch scheinen die Engländer neuerdings Ueberlegungen anzustellen, wie man durch tragbare Zusicherungen an Frankreich das durch Tardieu torpedierte Konferenzschiff wieder flott machen kann.

Während so die Meinungsverschiedenheiten unter den Delegationen zur Stunde noch in voller Schärfe fortbestehen, sind inzwischen auch noch Differenzen innerhalb der amerikanischen Abordnung sichtbar geworden. Kennt man doch jetzt die Gründe, die den

macht. Drei Minister genügen, um die Aemter zu verwalten, und diese drei Minister erhalten an Gehalt nicht mehr, als ein Minister in Preußen. Glaube doch niemand, daß diese Thüringer Minister sich dieserhalb nicht mehr satt essen können, oder mit zerfetzten Hosen herumlaufen müssen! Vielleicht gehen sie aber nicht so oft auf Pressebälle und zu ähnlichen luxuriösen Veranstaltungen, was jedoch nur zu begrüßen sein dürfte, schon deshalb, damit die vielen illustrierten Zeitungen nicht mehr in so großen Mengen aufsteigende Bilder bringen können, auf denen unsere Führer vor reich gedeckten Tafeln und vor 4 bis 5 Weinlöffeln zu sehen sind. Denn solche „Führung“ nützt uns nichts, wir können unmöglich folgen, und wollen es auch nicht.

Man will auf sein hohes Gehalt nicht gerne verzichten, sondern lieber Steuern bewilligen? Gut ich bin ein freier Mensch, behalten Sie Ihre schönen Gehälter und bewilligen Sie dafür lieber eine Extrasteuer von 40, 50, 60 Prozent auf alle hohen Einkommen, ferner 75 Prozent auf Nebeneinkommen, wie Aufwandskosten usw., und dann schließlich so weiter bei allem, was mit reinem Luxus und Verschwendung zusammenhängt. Glaubt man, daß sich keine Minister und Abgeordnete mehr finden unter so veränderten Einkommensverhältnissen? Ich denke mir, daß sich genug geeignete Männer finden, die wirklich bereit sind, aus Vaterlandsliebe bereit verwaiste Posten anzutreten. Ich denke weiter, daß gerade diejenigen Führer, welche erst einmal ein derartiges oben geschildertes Opfer gebracht haben, gerade dadurch besonders bemüht sein werden, weitere Wege und Punkte zu finden, wo gespart werden kann. Wenn es sich auch in einzelnen Fällen um kleine Beträge handelt, so ergeben die vielen kleinen Bäche im großen Vaterland schließlich einen Strom.

Man sehe sich bei einem Haushaltsplan nur einmal die Gruppen Wohlfahrtspflege, Schulen, Finanzverwaltung

kontroversen Abordnung der lichen Rückkehr man hört, bestminals in ein tentenferenz über die zwif Vereinbarung segung der an Großkreuz gebend sein w

Die Politi nen nun Jon Vermeidung e ben und sein Sanatorium a dieses Anberb nachdem Stim schen Landesst gegeben“ habe zu nuybringen

Nicht ger heit, um die sicherung abzu was man no und einen G denken, daß i einen Erfolg einen Wunsch aufst des Admirals der Londoner Gerücht zupol ordnung, Ste boten haben, land verlassa daß Jones d einer modern Gr o f a d m i

Eigentli Beurteilung in Ueberreinf die wie er llebels sehen schieden. Ff Vorabkomme tung einer l fones d tereffen Am

Das S nummehr ba Mädwirkung Ausgangs d Ergebnis, da Hweifel den Sabotage de Konferenz U gemeinen M wenn die B ertauf wird Land a b r i für Frankr noch verstär

Es gi „Verteidigun

Unter d in Genf eine Kommission bundesagungs halt. Von d wird besondr schritten B Ausschusses Angliederung zu einer Ab bundes führ talen im K

Die erf mit einem f gehenden S

an. Bei Geg das Gefühl r gefekten Bet des Umfand doch wohl g man lesen, d mit ihren Z für ein rei auch nur vor kosten usw. len Opfer de eher ein m lassen möcht aber erzählt dem Kriege Mission lag, städtische Er sehen sich die und noch hö gendwelsche doch solche d

Könnte n Vaterland se gegeben wor ken. Ich da für Erwerb Werte, welc Händen stat den wäre. s des Arbeits Siedlungsvo Kosten für f schämend, d von Eigendens nicht r im Artikel verankert i

Wohin sind wir mit unserer bisherigen Politik kommen? Vor 5 Jahren haben sich Staat und Kommunen durch ein großes Unrecht fast schuldenfrei gemacht und sind heute wieder verschuldet, daß niemand aus dem weiß. Die Arbeitslosenzahl steigt wie noch nie, geschäftliche Zusammenbrüche mehren sich erschreckend, Betrügereien und Verbrechen nehmen täglich in den Städten einen beträchtlichen Raum ein, die Selbstmorde haben eine nie dagewesene Höhe erreicht (fast jede halbe Stunde endet ein Deutscher durch Selbstmord), die Zukunft erscheint immer trüber, und dabei doch an der Spitze der besten und klügsten Köpfe, wer zweifelt daran? Es sind nun harmlose Gedanken, wenn es mir vorkommt, es erscheinen doch bald Zeit wird, nun auch einmal die dummen Köpfe an das Ruder zu stellen. — alle

Die Mieterschutzgesetze.

Fortsetzung der Aussprache im Reichstag. — Ergänzung der Handwerksnovelle.

— Berlin, den 25. Februar 1930.

Der Reichstag setzte heute die Aussprache über die Verlängerung der Geltungsdauer der Mieterschutzgesetze fort, nachdem zuvor der Gesetzentwurf zur Ergänzung der Handwerksnovelle in allen drei Lesungen angenommen worden war.

Reichsjustizminister v. Guhrard

wies zunächst Angriffe zurück, die der Abg. Dr. Jörissen gegen ihn gerichtet hat. Jörissen habe ihm die erbetene Einsichtnahme in sein Stenogramm verweigert und dies damit begründet, daß er sich nicht auf alles, was er gesagt haben möge, festnageln lassen wolle. Das Verhalten Dr. Jörissens sei bewusste Demagogie. Die Wohnungswirtschaft müsse beseitigt werden, sobald die Voraussetzungen für die Wiedereinführung der freien Wirtschaft gegeben seien. Das Reichsmietengesetz sei eine Notmaßnahme für eine Notzeit. Die Aufhebung des Kündigungsschutzes würde zu einer erheblichen Verteuerung der Mieten und zu einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung der breiten Massen führen. Die Auffassung, daß es nur der Beseitigung der Zwangswirtschaft bedürfe, um den Bauplatz zu beleben und ausreichende Wohnungen zu beschaffen, könne er nicht teilen. Er hoffe, daß es dem Ausschusse gelingen werde, aus den vorliegenden Anträgen brauchbare Vorschläge herauszuarbeiten.

Abg. Tremmel (Ztr.) gab der Erwartung Ausdruck, daß die jetzt von der Regierung geforderte Verlängerung der Mieterschutzgesetze die letzte sein werde. Die Regierung sollte unter Anhörung der Mieter- und Hausbesitzerorganisationen ein Übergangsgesetz vorbereiten. Die Aufhebung der Hauszinssteuer lehne das Zentrum ab, da diese Steuer zum Wohnungsbau nötig sei.

Abg. Büll (Dem.) wies darauf hin, daß selbst die durch den Krieg nicht geschädigten Länder Schweden und Holland nicht ohne Wohnungswirtschaft auskommen könnten. In Italien bestehe die Zwangswirtschaft heute noch.

Abg. Behrens (Christl.-Nat.) warnte vor einer überhastigten Aufhebung der Mieterschutzgesetze. Schon die Aufhebung des Schutzes der gewerblichen Räume habe zu Nachteilen geführt. Im Ausschusse werde man sich auch mit der Frage der landwirtschaftlichen Betriebswohnungen beschäftigen müssen, von denen in Ostpreußen 4655 leer ständen.

Abg. Trochmann (Bayer. Vp.) erklärte, man sollte die Mieterschutzgesetze nicht einfach verlängern, sondern prüfen, ob nicht gleichzeitig manche Mängel beseitigt werden könnten. Daß die Zwangswirtschaft jetzt nicht beseitigt werden könne, sei auch die Meinung mancher Hausbesitzerverbände.

Abg. Wagner (Nat.-Soz.) stimmte der Verlängerung der Mieterschutzgesetze zu. Die Hauszinssteuer dürfe in Zukunft nur noch für den Wohnungsbau verwendet werden.

Die Vorlagen wurden darauf mit sämtlichen Anträgen dem Wohnungsausschuß überwiesen.

Es folgte die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über Bergmannsiedlungen.

Abg. Jadasch (Komm.) bezeichnete das Gesetz als unzureichend und begründete eine Reihe von Änderungsanträgen.

Nach kurzer Debatte wurde das Gesetz in zweiter und dritter Lesung verabschiedet.

Nächste Sitzung Mittwoch: Haushaltsordnung.

Preussischer Landtag.

Fortführung der Aussprache zum Innenetat.

In der Fortsetzung der Aussprache zum Haushalt des preussischen Innenministeriums kritisierte Abg. Schwent (Komm.) den Sparersatz an die Kommunen und befürchtete davon eine Einschränkung der sozialen Ausgaben.

Abg. Falk (Dem.) führte aus, die Schuld daran, daß wir noch keine gesunde Bauernpolitik im Osten hätten, liege in der Latifundienwirtschaft der Vorkriegszeit. Der kommunale Sparersatz des Ministers gehe auf den Städte- tag zurück.

Abg. Große (Wirtsch.) forderte Drosselung der über 75 Prozent der preussischen Gesamtausgaben betragenden Personalkosten durch die von einem unpolitischen Ausschusse vorbereitende Verwaltungsreform. Die Sanierung der städtischen Finanzen müsse durch Abstoßen entbehrlicher Liegenschaften erfolgen.

Abg. Müller-Herzenberg (Christl.-Nat. Bauernp.) erklärte, die Großstädte seien der beste Boden auch für Korruptionen. Die in der Selbstverwaltung liegende Freiheit dürfe nicht in Bürokratie ausarten. Notwendig sei eine Neuordnung des Lastenausgleichs im Verkehrs- und Schulwesen.

Staatssekretär Dr. Abegg

wies darauf hin, daß die Vorlage über die Verwaltungsreform in etwa ein bis zwei Wochen das Staatsministerium passiert haben werde und dann ohne Verzug dem Staatsrat zugehen könne. Entgegen einem in der Aussprache gemachten Vorbehalt werde das Ministerium mit der Reform der Berliner Verwaltung nicht bis zur Ernennung eines neuen Oberbürgermeisters warten. Die schwierige Finanzlage der Städte beruhe nicht auf dem Verfall der Selbstverwaltung, sondern zum großen Teil auf den zwangsläufig gestiegenen Ausgaben für Wohlfahrtszwecke usw. Eine durchgreifende Besserung werde erst eintreten können, wenn die Reichsfinanzreform durchgeführt sei.

Abg. Kube (Nat.-Soz.) bezeichnete die Behauptung des Staatssekretärs vom Vortage als unrichtig, wonach der Innenminister in Kassel keine Wohnung besitze.

Staatssekretär Abegg wies die Behauptung des Abg. Kube als falsch zurück. Ebenso wandte sich Abg. Hamburger (Soz.) gegen den Abg. Kube.

Ein Regierungsvertreter betonte ferner, daß weder die sozialdemokratische Partei noch sozialdemokratische Minister sich für den Abbau des Berufsbeamtentums ausgesprochen haben. Zu erwägen sei, ob nicht der Zugang nach Berlin vorübergehend gesperrt werden müsse.

Nachdem dann noch ein anderer Regierungsvertreter sich über die Hilfsmittel für die Stadt Breslau äußert hatte, vertagte sich das Haus auf Mittwoch.

Revolution in San Domingo.

Erfolge der Rebellen. — Festung Santiago bereits gefallen?

— New York, 26. Februar.

An der zu der Mittelamerika vorgelagerten Inselgruppe der Großen Antillen gehörenden Republik San Domingo sind im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen ernste Unruhen ausgebrochen. Den Revolutionären soll es bereits gelungen sein, die Festung Santiago zu erobern, in der der Präsident Basquez und der Vizepräsident Alfonso Schus gesucht hatten. Von da haben sich die Revolutionäre nach Süden gewandt und marschieren auf die Hauptstadt Santo Domingo zu.

Die Meldungen des amerikanischen Gesandten in Santo Domingo an das Washingtoner Staatsdepartement bestätigen den Ernst der Lage. Die Familien des Präsidenten und des Vizepräsidenten sowie mehrere leitende Beamte der Republik haben in der amerikanischen Gesandtschaft Zuflucht gesucht. Für den Fall, daß die Unruhen zunehmen sollten, will die amerikanische Regierung Kriegsschiffe entsenden.

Erklärung des Thyssen-Konzerns

Keine Lieferungen an das feindliche Ausland.

— Essen, 26. Februar.

Zu den von pazifistischer Seite gegen die deutsche Rüstungsindustrie erhobenen Vorwürfen veröffentlicht nunmehr auch der geschäftsführende Direktor des Thyssen-Konzerns, Dr. Hülle, eine Erklärung, in der er eingangs mitteilt, daß auch dem Thyssen-Konzern von der Einleitung eines angeblichen Ermittlungsverfahrens des Oberreichsanwalts nichts mitgeteilt worden ist.

„Zur Sache selbst — so fährt die Erklärung fort — haben wir zunächst zu erklären, daß sämtliche Lieferungen unserer Werke während des Krieges in vollem Einvernehmen mit den zuständigen deutschen Behörden erfolgt sind. Darunter befanden sich selbstverständlich keine Lieferungen an das feindliche Ausland. Stahlschrott haben wir während des ganzen Krieges überhaupt nur an die deutsche und österreichische Heeresverwaltung geliefert. Die Lieferung von Infanterieschutzhelmen an die holländische Regierung erfolgte in vollem Einvernehmen mit dem Kriegsministerium in Berlin. Alle Einzelheiten der Lieferung und der Preisberechnung wurden vorher mit den zuständigen deutschen Behörden vereinbart, welche an holländischen Gegenlieferungen Interesse hatten.“

Ein Notruf ostpreussischer Landwirte.

Die ostpreussische Landbewegung hat an den Generallandtagsdirektor, die Landesbank der Provinz und den Staatskommissar zur Stützung des ostpreussischen Gütermarktes eine Entschliessung gerichtet. In der

es u. a. heißt: „Wir wollen die ostpreussische Scholle erhalten für Land und Staat und sind deshalb zur Zeit nicht in der Lage, die rückständigen und weiter fälligen Zinsen aufzubringen. Von Ihnen müssen wir daher verlangen, daß Sie, den Zeitverhältnissen Rechnung tragend, die angesetzten Zinsversteigerungen zurückziehen und die genannten Zinsen bei allen den niederschlagen, die gezwungen sind, sie aus der Substanz zu bezahlen. Unsere Geduld ist zu Ende. Wir erwarten bis zum 10. März Ihre klare Zusage, daß Sie obigem Verlangen nachkommen.“

Politische Rundschau.

Der schwedische Rindholzkraut Jvar Kreugers hat nunmehr auch mit dem Freistaat Danzig einen Monopolvertrag auf 35 Jahre abgeschlossen; als Gegenleistung gewährt der Freistaat Danzig eine Anleihe und eine einmalige Zahlung.

Der Empfang der Stahlhelmsführer durch den Reichspräsidenten. Das Bundesamt des Stahlhelms teilt mit: Der Herr Reichspräsident empfing die Bundesführer des Stahlhelms, die ihm über die in letzter Zeit sich häufenden Ueberfälle der Linken auf Stahlhelmlager den Vortrag hielten.

Fürbitte für die Christen in Rußland. Der Evangelische Oberkirchenrat hat angeordnet, daß am ersten Fastensonntag (9. März) in sämtlichen Kirchen der Not der bedrängten Christen in Rußland im Gottesdienst in besonderer Fürbitte gedacht werden soll.

Local- und Provinzialnachrichten.

Die Kreisverbindung der Christlichen Vereine junger Männer Bielefeld-Stadt und -Land veranstaltet im Gemeindehaus in der Grünstraße vom 26. bis 28. Febr. eine große Werbeausstellung des gesamten ev. Jungmännerwerkes. Die Ausstellung ist geöffnet in der Zeit von 15 bis 22 Uhr. Im Rahmen dieser Ausstellung findet am Donnerstagabend 8 Uhr ein Vortrag des „Jungtag“, Schriftleiters Pastor B. Müller Gütersloh statt, der nur empfohlen werden kann. Die ganze Ausstellung erheischt das Interesse der evang. Bevölkerung, die an der Arbeit des Christl. Jungmännerwerkes nicht vorübergehen kann.

Es sei an dieser Stelle noch hingewiesen auf die beiden großen Filmabende im Gemeindehaus in der Grünstraße am Samstag und Sonntag, den 1. und 2. März, wo folgende Filme gezeigt werden:

1. der Märchenfilm „Frau Holle“, 2. der grandiose Film „Alaskas weiße Wunderwelt“.

Briefkasten.

In Nr. 41 hatte ein Leser geschrieben, er habe gehört, in Wiesbaden sei auch ein Kommunist zum Bürgermeister gewählt worden. Das will eine dortige treue Aufwärtsleserin nicht auf Wiesbaden sitzen lassen und teilt mit, daß Rechtsanwalt Dr. Krücke, Mitglied der Deutschen Volkspartei, in Wiesbaden zum Bürgermeister gewählt sei.



Bethel.

Christlicher Verein junger Männer! Heute, Mittwoch, 8 1/2 Uhr, Turnen.

Donnerstag, 8 Uhr, spricht der Schriftleiter des „Jungen Tag“ im Gemeindehaus in der Grünstraße. Wir nehmen am Vortrag teil. Altmarsch Telefonhaus 7 1/2 Uhr.

Blaukreuz-Verein Bethel. Donnerstag abd. 8 1/2 Uhr Blaukreuzstunde in Gosen. Jeder ist herzlich eingeladen.

Schriftleitung: B. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Wie ist die Luft draußen?
Was muß ich anziehen?

Diese Fragen beantwortet
Ihnen ein Fensterthermometer

Niedriger Anschaffungspreis.
Unbegrenzte Haltbarkeit.

H. Breder, Optiker, Bielefeld
Gütersloherstr. 14 Fernruf 1012

Architekten, Bauunternehmer, Industrielle, Private

Gebrauchen Sie

Steinholz-Fußbodenbelag

so wenden Sie sich nur an eine Spezialfirma.

Gute und solide Arbeit, mäßige Preise.

Steinholz - Fußboden „Festament“

seit 20 Jahren ausgezeichnet bewährt aus nur besten Rohmaterialien

hergestellt, schwamm- und feuerfester, fester, fester, was er-
durendlich und schalldämmend, kann auf Beton, Steinplatten oder
ausgetretenen Holzböden verlegt werden. Festament „Festament“ als
Linoleum- und Parkettunterlage, für Wohn- und Büroräume usw.

Festament-Stampfholz-Fabrikfußboden

für Leicht- u. d. Schwerbetriebe

Festament Treppenbelag

spez. für ausgelagerte Treppen. Tausende von Quadratmetern ausgeführt.

1a Referenzen.

Festament-Steinholzwerk

Heinrich Schubert, Halle i. W.

Telefon Nummer 268

Gesucht zum 1. April

Gärtnerlehrling

mit guten Schulzeugnissen für
Gutsgärtnerei Oberfelde bei
Lübbecke i. W., anerf. Lehrbetrieb.

Als Hausochter findet

ig. Mädchen

n. Ostern frdl. Aufnahme; schlicht
um. schlicht. Offerten an die Ge-
schäftsstelle d. Bl. unter A 6191.

Existenz!

Welche alleinstehende, gläubige
Frau (oder Fräulein) ist bereit,
mit einer 58 Jahre alten Witwe
ein kleines gutgehendes Geschäft
(Kurz-, Weiß- und Wollwaren)
in einem Vorort Kölns gemeinsam
zu führen? Haushalt in kleiner
Wohnung gemeinsam, kleines Ka-
pital Bedingung. Angebote an
Pfarrer Salge, Köln-Johanna,
Hermülheimerstraße 65.

Geschwister, gedenkt bitte
meines Hauses bei Bedarf in

Schleswig-Holsteinischer
Meierei-Tafelbutter

Versand allerfeinster Ware, täg-
lich morgens frisch erzeugt in 9
Pfund Postpaketen.

Thomas Henningsen, Butter-
Versandhaus, Schöndorup bei
Süderbrarup, Kreis Schleswig.

Stellengefuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg.

Vor der Zollerhöhung:

Tee

„Ostf. Mischung“ 1 4/4 Mk. bei
5 Pfd. franko Sendung.
Teeverand Reddingius, Loga
(Ostf.) Postfach Hannover 71235

Kur-Anstalt

Erholungsheim

vegetarisch und

Robkost

Benneckenstein - Hochharz

unweit Braunlage

Pastor Felckekuren. Prosp. frei!

Durch Kontrolle des vereidigten

Chemikers Dr. Bobinus, Bielefeld

ist die Echtheit meines

Bienen-

Blüten-

garant.

10 Pfd. Dof. 11. 20 RM, vorwiegend.

Alte-Bindenblätter 12.00 RM,

halbe Dof. 6.35 RM u. 7.40 RM,

1 1/2 Pfd. Dof. 2.05 RM u. 2.30 RM

frei Haus. Nachnahme 30 Pfg.

mehr. Gar. Rücknahme.

Lehrer i. R. Krieger,

Borgeln 2, Kr. Soest.

Dieser Honig ist auch in Opti-

vereinigten Verkaufsstellen der

Anstalt Bethel, zu haben.

Gallenstein-Tee

Eine Monatskur Nachnahme

5,10 Mk. Hervorragendes Vor-

beugungsmittel bei chronischen

Gallensteinerkrankungen.

Bpotheke, Christianstadt am Roher.

Für die

Konfirmation

empfehlen wir:

„Friedrich v. Bodelschwingh“

Ein Lebensbild, von seinem zweiten Sohne ver-
faßt. In Halb. geb., 424 S. stark, zum Preise
von 3.50 Mk., in Ganzl. geb. Mk. 4.—. Bei
Abnahme von 6 Exemplaren 1 Freieremplar.

Tersteegen,

eine Auswahl aus seinen Liedern und Sprüchen.
Mit Bildern von Meta Voigt-Claudius. Schön
in Leinen geb. Mk. 4.—

Dieses Buch möchten wir besonders warm empfehlen.
Die Bilder der Dresdener Künstlerin, die in feinsten
Weise die verschiedenen Lieder illustrieren, machen das
Buch zu einer wertvollen Gabe. Die äußere gefällige
Ausstattung sichert ihm auch eine freundliche Aufnahme.

„Das Lukas-Evangelium“

Mit vielen Bildern von Meta Voigt-Claudius,
elegant in Leinen gebunden Mk. 4.—

Schriftenniederlage d. Anstalt Bethel

Bethel b. Bielefeld.

Postcheck-Konto Hannover 49 657

Liebhaber-Photographen

decken ihren Bedarf in der

Photo-Handlung König, Bielefeld, Rathausstr. 3. Tel. 955